



Brief aus Berlin



www.brigitte-zypries.de



direkt gewählt - direkt erreichbar

15. Juni 2010

Liebe Genossin, lieber Genosse,
liebe Leserin, lieber Leser,

in Darmstadt und in Berlin zieht langsam der Sommer ein. Woran ich das merke? Zum Beispiel am Erdbeerfest der Weiterstädter SPD, wo es wieder köstliche Erdbeerkuchen gab.

Hier in Berlin geht es langsam auf die Sommerpause zu, vom 5. bis 9. Juli ist die letzte Sitzungswoche. Zuvor allerdings ist am 30. Juni der neue Bundespräsident zu wählen. Es ist sehr bemerkenswert, welche Vielzahl von Bürgerinnen und Bürgern sich im Internet für Gauck stark macht. Da zeigt sich: Das Internet ist keineswegs nur ein bedrohliches Medium, in dem sich neue Kriminalitätsformen entwickeln (Kreditkartenmissbrauch, Abmahnunwesen, illegales Herunterladen von Musik). Es bietet auch vielfältige Möglichkeiten für demokratische Beteiligungen. So wird zum Beispiel die elektronische Petition an den Bundestag inzwischen vielfach genutzt, die Seite www.abgeordnetenwatch.de ermöglicht den direkten Kontakt zu den „eigenen“ Bundestagsabgeordneten und die vielen verschiedenen Blogs bieten Kommunikationsforen für fast alle Themen der Welt.

Also, nutzen wir die Chance, die das neue Medium bietet.

Herzliche Grüße von

Euer /Ihrer Brigitte Zypries

Bundespräsidentenwahl am 30. Juni

Unterstützung für Gauck

Laut einer ARD-Umfrage würden sich 40 Prozent der Bürgerinnen und Bürger für Joachim Gauck als Bundespräsidenten entscheiden - für Christian Wulff würden nur 31 Prozent stimmen. Unser Kandidat hat also eine breite Unterstützung in der Bevölkerung. Auch Sie können ihn unterstützen: Unter www.joachim-gauck.de - Rubrik „Unterstützer“ finden Sie eine Übersicht der zahlreichen ehrenamtlichen Unterstützer-Initiativen.



Mitmachen*Mitmachen*Mitmachen

Preis PRO EHRENAMT 2010

Mit dem Preis PRO EHRENAMT zeichnet der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB) seit 2000 Personen und Institutionen aus, die Ehrenamtliche und das Ehrenamt im Sport unterstützen - eine individuelle Ehrung, aber zugleich ein Appell an andere, es ihnen gleichzutun - denn Ehrenamtliche brauchen unsere Solidarität!

Mehr Informationen und das Vorschlagsformular zum Download gibt es unter www.ehrenamt-im-sport.de. Einsendeschluss ist der 24. September.

Bildungspolitik gescheitert - Merkels Bildungsgipfel entpuppt sich als Luftnummer

Vergangene Woche hatte Kanzlerin Merkel zum 5. Bildungsgipfel eingeladen - mal wieder ein Gipfel, der nicht hält, was er verspricht. Seit nunmehr fast zwei Jahren verhandeln Bund und Länder über eine bessere Finanzierung des Bildungssystems. Das Versprechen von Frau Merkel, Deutschland zur „Bildungsrepublik“ zu machen und bis 2015 mindestens zehn Prozent für Bildung und Forschung aufzuwenden, ist aber noch weit davon entfernt, eingelöst zu werden. Denn ohne finanziell handlungsfähige Länder und Kommunen sind die Bildungsziele nicht zu erreichen.

Anstatt das BAföG, die Begabtenförderwerke oder die Studierendenwerke zu stärken, soll nach den Vorschlägen von Bildungsministerin Schavan Geld in ein sozial unsensibles Stipendien-Programm fließen. Öffentliches Geld wird über Bildungssparkonten wieder nur dorthin fließen, wo bereits privates Geld ist. Diese Vorschläge stoßen auf breite Ablehnung und massive Kritik, die wir in einem Antrag aufgegriffen haben, der in dieser Woche im Bundestag beraten wird. Wir fordern darin, dass die Bundesregierung endlich ihre Ankündigung wahr macht, das BAföG zu erhöhen und den Förderrahmen entsprechend zu erweitern. Den Worten müssen endlich Taten folgen! Unseren Antrag mit der Drucksachen-Nummer 17/884 findet man unter www.bundestag.de. Um von der Regierung endlich konkrete Antworten zu bekommen, haben wir für Donnerstag außerdem eine Aktuelle Stunde zum gescheiterten Bildungsgipfel beantragt.

Die schwarz-gelbe Regierung und die unionsgeführten Länder haben deutlich gemacht, wo sie ihre Prioritäten setzen: Statt endlich den Anschluss an Bildungsausgaben anderer europäischer Länder zu finden, verzichtet sie auf einen höheren Spitzensteuersatz und entlastet Hoteliers. Das ist eine unsoziale und rückschrittliche Politik!

In den vergangenen Wochen hat es an vielen Hochschulen und Universitäten Proteste gegen die schwarz-gelbe Bildungspolitik gegeben, auch in Hessen. Viele JUSO-Hochschulgruppen beteiligen sich an den Aktionen - meine Solidarität haben sie! Zum „Studium der Zukunft“ gibt es vom 25. bis 27. Juni in Berlin einen Kongress der JUSO-Hochschulgruppen und der AG Bildung und Forschung der SPD-Bundestagsfraktion. Mehr dazu unter www.studium-der-zukunft.de.



Ein Wort zum Brief aus Berlin

Der Brief aus Berlin ist eine Information für die Bürgerinnen und Bürger aus meinem Wahlkreis. Ich möchte meine Arbeit in Berlin so transparent und bürger-nah wie möglich gestalten. Sie können mir dabei helfen, indem Sie mir Ihre Wünsche und Verbesserungsvorschläge mitteilen und den Brief aus Berlin an Freunde und Bekannte weitergeben. Sie können diesen Newsletter gerne über mein Büro in Berlin abonnieren: Schreiben Sie einfach eine E-Mail mit dem Betreff *Brief aus Berlin* an brigitte.zypries@bundestag.de.

V.i.S.d.P.: *Brigitte Zypries, MdB*
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Fotos:

[aboutpixel/phager](#) (S. 2)

[aboutpixel/Ronald Leine](#) (S. 3)

Für ein modernes Patientenrechtegesetz

Patientinnen und Patienten haben in Deutschland - auch im internationalen Vergleich - einen guten Rechtsschutz. Das geltende Recht aber ist allerdings wenig transparent, es bestehen Vollzugsdefizite und die Patientinnen und Patienten werden nicht ausreichend beteiligt. Häufig sind die Patientenrechte nur sehr allgemein geregelt und werden erst durch die Rechtsprechung konkretisiert. Für juristische Laien ist es schwierig, sich über die geltende Rechtslage zu informieren. Im Interesse von mehr Transparenz und Klarheit muss das geltende Recht zusammengeführt werden - dafür haben wir uns bereits in der letzten Legislaturperiode ausgesprochen, am Widerstand der Union ist ein solches Gesetz aber leider gescheitert.

Mit unserem aktuellen Antrag (Drs.-Nummer 17/907) fordert die SPD die Bundesregierung auf, zügig ein Gesetz zum Schutz der Patientenrechte vorzulegen, damit in Zukunft Patientinnen und Patienten mehr Rechte haben und bei Behandlungsfehlern besser geschützt sind. Die Rechte von Patientinnen und Patienten müssen endlich eindeutig gesetzlich verankert werden. Die Regierung will in diesem Jahr nur Eckpunkte auf den Tisch legen, der Gesetzentwurf soll frühestens 2011 zu verabschiedet werden. Wir finden, hier geht zu Lasten der Patientinnen und Patienten viel Zeit verloren.

Unsere Forderungen sind das Ergebnis der interdisziplinären Arbeitsgruppe der SPD-Bundestagsfraktion, die während der letzten Wahlperiode erarbeitet wurden. Zur Verbesserung der Patientenrechte fordern wir ein Gesetz, das unter anderem die Rechte und Pflichten aus dem Behandlungsvertrag ausdrücklich festschreibt - beispielsweise eine rechtzeitige, umfassende und verständliche Aufklärung, Verbesserungen sind auch im Bereich des Risikomanagements dringend nötig. Die Opfer von Behandlungsfehlern müssen besser gestellt werden, etwa durch eine gesetzliche Verpflichtung der gesetzlichen Krankenkassen und der privaten Krankenversicherungen, ihre Versicherten beim Verdacht eines Behandlungsfehlers zu unterstützen. Außerdem müssen die kollektiven Beteiligungsrechte der Patientinnen und Patienten gegenüber den Sozialleistungsträgern gestärkt werden.